

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

7.9.1862 (No. 211)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 7. September.

N. 211.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat September der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

Kassel, 6. Sept. Ein durch das Gesetzblatt veröffentlichtes Ministerialauschreiben überträgt die nach der Geschäftsordnung der Ständeversammlung vom 20. Juli 1848 dem bleibenden Ständeausschusse zugewiesenen Wahlprüfungen der Landtagskommission in Vereinigung mit 3 bis 5 von dieser zu bestimmenden Abgeordneten.

Berlin, 5. Sept. (W. L. B.) Im Abgeordnetenhaus wurde der Gesetzentwurf über Verallgemeinerung der Zollerleichterungen fast einstimmig angenommen, ebenso die handelspolitische Resolution mit 232 gegen 26 Stimmen. Die Minorität bestand aus den Clerikalen.

Morschach, 5. Sept., 2 Uhr 10 M. Nachmittags. (Vom Dampfboot „Concordia“.) (A. 3.) Die Legung des Telegraphenfadens in den Bodensee zwischen Lindau und Morschach ist so eben glücklich hergestellt und die neue direkte Verbindung Bayerns mit der Schweiz schon zur Beförderung dieses Telegramms benützt worden.

Neu-York, 26. Aug. Der südstaatliche General Morgan hat in Tennessee 800 Unionisten unter dem Befehl des Gouverneurs Johnson geschlagen und 300 Mann, worunter Johnson selbst, gefangen genommen.

Turin, 3. Sept. Mancini, Crispi und Ferrarini haben sich Garibaldi als Verteidiger angeboten.

Turin, 4. Sept. (A. 3.) Der Ritter Farini und Kammerpräsident Teschio wurden zu den Staatsraths-Sitzungen beigezogen. Nicotera ward nicht verhaftet. Brioschi und General Cuvia werden hier erwartet. Garibaldi übernachtete vom 1. auf den 2. d. mit Menotti und seinem Stab am Bord des „Duca di Genova“. Die Gerüchte von der Einberufung der Kammer sind vorläufig. Die Truppen, welche in Genua eingeschifft werden sollten, erhielten Gegenbefehl. General Pinelli wurde zum Kommandanten der Militärdivision Messina ernannt.

Turin, 4. Sept. Nach dem „Epuro“ sind folgende Offiziere mit Garibaldi an Bord des „Duca di Genova“ nach La Spezia gebracht worden: Vassile, Cortie, Basso, Nullo, Albanesi, Guicciardi, Cattabene, Guasfalla, Bruzese, Lusada, Barattini und Carlioli. Ricciotti, der Sohn, und Canzisi, der Eidam Garibaldi's, befinden sich gegenwärtig bei ihm. — Nach dem „Nationalités“ hat man zwei sanfedistische Führer in Bari verhaftet. — Am Nachmittage des 3. Sept. hat General La Marmora in Begleitung des Grafen Thalos und seines Generalstabs dem französischen Bizeadmiral Rigault de la Genouilly an Bord der „Bretagne“ seinen Gebenbesuch abgestattet. — Kossuth ist, nach der „Italia“, am 3. Sept. in Turin angekommen und im Hotel de Bretagne abgestiegen.

Genua, 4. Sept. Der „Movimento“ veröffentlicht einen am 31. August geschriebenen Brief eines mit Garibaldi an Bord des „Duca di Genova“ gefangenen Offiziers. Es geht daraus hervor, daß Garibaldi am linken Schenkel von einer Kugel getroffen wurde, die nur eine leichte Verletzung hervorbrachte. Aber eine andere Wunde am Knöchel des rechten Fußes ist schwerer und tiefer. Glücklicher Weise scheint

der Knochen nicht zerschmettert zu sein. Trotz der gemachten Einschnitte hat man die Kugel noch nicht herausziehen können.

Neapel, 4. Sept. Die „Patria“ sagt, daß General Cialdini in einer Proklamation den in Aspromonte und in Sizilien umherziehenden Garibaldianern eine kurze Frist anberaume hat, um sich vor den königl. Behörden zu stellen.

Messina, 4. Sept. Zwischen den Truppen und den Garibaldianern hat ein Kampf stattgefunden. Abtheilungen der Letzteren werden allenthalben besiegt und die Führer zu Gefangenen gemacht.

Trebinje, 3. Sept. Vorgeföhren überfielen 300 Insurgenten von Orshovo und Banani unter Anführung des Nikolaus Kovacevich das türkische Dorf Korita, und trieben bei 2000 Stück Vieh fort, ohne Widerstand zu finden.

Magusa, 5. Sept. Vorgeföhren hat in Cetinje eine Verhandlung unter Theilnahme des hiesigen russischen Konsuls stattgefunden. Die Fforte verlangt Anerkennung ihrer Souveränität, freien Durchzug für die türkischen Truppen durch Spuz, Nikisch und anderwärts. Wenn diese Bedingungen zurückgewiesen werden, so werden die Operationen gegen Cetinje heute beginnen.

Triest, 4. Sept. Aus Athen vom 30. August wird gemeldet: Der britische Gesandte hat an die hellenische Regierung eine Note gerichtet, in welcher er dieselbe für ihre Bemühungen auf der Bahn der Reformen, sowie für die Wiederherstellung der Ordnung belobt, dabei jedoch erklärt, England werde sich jedem Angriffsschritte gegen die Türkei widersetzen.

Konstantinopel, 30. Aug. Das „Journ. de Const.“ bringt einen ausführlichen Bericht über die angebliche Einnahme von Cetinje. (S. dagegen Magusa.) Die serbische Konferenz sollte am 27. d. M. die letzte Sitzung halten. In der am 25. abgehaltenen wurde beschlossen, die serbischen Forderungen, mit Ausnahme von Sokol und Duschiza, sollen türkische Garnisonen behalten. Die Festung Belgrad wird von der serbischen Stadt isolirt, die türkischen Häuser niedergehauen und der Grund dem Festungsrayon einverleibt. Die expropriirten Besitzer, welche auswandern, werden entschädigt, die zurückbleibenden unter serbische Jurisdiction gestellt.

Divisionsgeneral Khaleb Pascha wurde zum Kommandanten der zwischen Sophia und Nisch stationirten Truppen ernannt. Die piemontesischen Prinzen sollten am 29. abreisen. Der Sultan gab ihnen am 28. ein Dejeuner, und verlieh ihnen den Dömanie-Orden.

Die preussische Antwort an Dänemark.

Von der Antwort des Grafen Bernstorff auf die letzte dänische Depesche vom 12. März — die Antwort ist vom 22./24. August datirt — gibt die „Allgemeine Zeitung“ folgende Analyse:

Die preussische Depesche konstatirt zunächst, daß die dänische Regierung die Verantwortung der Bestimmungen an sie gerichteten Frage: „ob sie den bindenden Charakter der Vereinbarungen von 1852 überhaupt und namentlich in Bezug auf Schleswig anerkenne und dieselben als Basis der ferneren Verhandlungen annehme“, durch vage und widersprechende Aeußerungen umgangen, und daß somit ihre Depesche vom 12. März

die Verhandlungen um keinen Schritt vorwärts gebracht habe. Die preussische Regierung halte es demnach nicht für nöthig, die oft widerlegten Behauptungen des letztern Schriftstücker nochmals zu widerlegen; sie wolle vielmehr die Verhandlungen dadurch fördern, daß sie ihrerseits den Inhalt der Vereinbarungen von 1852 und die daraus herzuleitenden Folgerungen genauer präzisire. Im Jahr 1852 sei den verschiedenen Theilen der Monarchie für ihre besonderen Angelegenheiten eine selbständige und gleichberechtigte Stellung, für die gemeinsamen Angelegenheiten eine organische und gleichartige Verbindung in der Weise zugesichert worden, daß kein Theil dem andern untergeordnet oder inkorporirt sein dürfe. Hieraus folge, daß Schleswig in keine nähere Verbindung zum Königreich gebracht werden dürfe als zu Holstein; daß die besonderen Angelegenheiten Schleswigs nicht unter den Einfluß der Regierung oder der Vertretung des Königreichs gestellt werden dürfen; daß Holstein sowohl wie Schleswig in Bezug auf die Feststellung aller gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere des Budgets, dieselbe Berechtigung erhalten müßten wie jeder andere Landestheil.

Mit der den Herzogthümern zugesicherten Selbständigkeit und Gleichberechtigung sei ferner die Einführung des Prinzips numerischer Majorität in die Gesamtrepräsentation absolut unvereinbar. Auch das Ministerium dürfe den Herzogthümern gegenüber nicht eine geringere Verantwortlichkeit haben als dem Königreich gegenüber; schon die österreichische Depesche vom 26. Dezember 1851 habe auf die Benachtheiligung hingewiesen, welche die Herzogthümer durch eine Doppelstellung der dänischen Minister erleiden würden, und es sei mit dem Geiste der Vereinbarungen nicht verträglich, wenn einer von den Theilen der Monarchie in der Zentralleitung entweder gar nicht oder doch nicht durch eine ihm angehörige Persönlichkeit vertreten sei. Ein weiteres Erforderniß sei, daß die organischen Einrichtungen der Monarchie unter Mitwirkung verfassungsgemäßer Vertretungen aller einzelnen Theile der Monarchie zu Stande gebracht würden. Endlich hätte man bei den Vereinbarungen von 1852 die dem Herzogthümern Schleswig und Holstein gemeinsamen Verhältnisse nichtpolitischer Natur ausdrücklich gewahrt und insonderheit der Stellung der Universität Kiel und der deutschen Nationalität in Schleswig kräftigen Schutz zugesagt.

Die Depesche führt nun in kurzen Zügen aus, daß die tatsächlichen Zustände mit allen hier hervorgehobenen Erfordernissen in schneidendem Widerspruch ständen, und formulirt als das geringste Maß der berechtigten Ansprüche folgende Forderungen: Aufhebung der auf geschlechtliche Weise eingeführten gemeinschaftlichen Verfassung vom 2. Oktober 1855, auch für Schleswig, und Vorlage eines gemeinschaftlichen Verfassungsentwurfs, in welchem das Prinzip numerischer Majorität aufgegeben ist, an die Spezialvertretungen der einzelnen Theile der Monarchie; bis zur Einführung einer auf gesetzlichem Wege zu Stande gekommenen gemeinschaftlichen Verfassung eine gleichmäßige Berechtigung der Spezialvertretungen in Bezug auf gemeinsame Angelegenheiten, und eine gleichartige Stellung der Zentralleitung gegenüber den einzelnen Spezialvertretungen; endlich zum Schutz der deutschen Nationalität Wiederherstellung des status quo ante 1848 hinsichtlich der Sprachverhältnisse. Auf diese Forderungen erwarte man eine einfache und bestimmte Antwort. Zweck der Vereinbarung von 1852 sei gewesen, für den allhergebrachten Zustand, wie ihn der offene Brief Christian's VIII. vom 7. Sept. 1846 dargestellt habe, jetzt, wo er nach Einführung konstitutioneller Formen unzutraglich geworden sei, ein geeignetes Äquivalent zu gewinnen. Die dänische Regierung möge nicht glauben, daß Deutschland gelonnen sei, auf jenen allhergebrachten Zustand und zugleich auf das dafür ausbedungene Äquivalent zu verzichten; sie möge auch ferner erwägen, daß die beiden Großmächte nur in der ihnen völlerrechtlich erteilten Zusicherung dieses Äquivalents eine Rechtfertigung für ihre Theilnahme an dem Londoner Protokoll erblicken könnten. Um so unerlässlicher sei es für sie, auf un-

Ein vaterländisches Bild aus den neunziger Jahren.

(Fortsetzung aus Nr. 210.)

Der ganze Auftritt ging dem Arrestanten so sehr zu Herzen, daß er sein Weib um Gottes willen bat, ihn zu verlassen; es könne nicht schaden, meinte er, wenn sie eine letzte Bitte für ihn noch beim General wagen wollte. Der General war aber gerade in Straßburg, und als er zurückkam und vernahm, daß man den Längstgesuchten in Verwahr habe, befahl er, sogleich das Verhör vorzunehmen. Ein Geistlicher, der mit dem General ein und dasselbe Haus bewohnte, machte dabei den Dolmetscher und mutigen Fürsprecher. Die erste Frage lautete: „Kennen Sie den ehemaligen Uhlanen Junge?“ (So hieß der Verräther, den wir bei der Verhaftung des Wirthes kennen gelernt.)

„Nein!“ sagte der Gefragte, worauf Junge hervortrat mit den Worten: „Was, mich nicht kennen? War Er nicht dabei, als wir die französischen Wachen in Jochenheim bei Nacht und Nebel aufheben wollten? Hat Er nicht die Rothmüntler auf der Landstraße vorrücken lassen, und uns Uhlanen und Husaren seitwärts geführt, um den Franzosen auf den Rücken zu kommen?“

„Ja,“ sprach der Kreuzwirth, „Das habe ich gethan.“

„Hat Er nicht ganze Pilete Helsen aufheben, bei Tag wie bei Nacht?“

„Allerdings!“

„Hat Er nicht sogar, ohne daß österreichische Uhlanen oder Husaren dabei waren, ganz allein die französischen Korps genedt und beunruhigt?“

„Kann's nicht läugnen!“

„Schon gut!“ fiel der General nach diesen und mehreren andern Fragen ein. „Der Mann ist doch wenigstens aufrichtig. Warum aber, ließ er ihn fragen, haben Sie den Dösterreichern überall so Verschub gelistet und sie unterstützt?“

„Weil ich glaubte, daß sie aus Erkenntlichkeit auch mich und die Meinigen wieder unterstützen und beschirmen würden!“

„Warum haben Sie allein und aus freiem Antrieb militärische Versuche gegen die Franzosen gemacht?“

„Das that ich,“ antwortete der Kreuzwirth, „als Deutscher, zur Sicherung unseres Eigenthums, aus Nothwehr. Die Franzosen behandelten damals uns neutrale Badener wie Feinde, und ich hielt es für Pflicht, alle meine Kräfte aufzubieten, sie von unserem Gebiete abzuhalten.“

„Und Sie sind eben doch ein Spion!“ platzte ärgerlich der General heraus. „Und ein solcher verdient den Tod!“

„Wenn man mich als solchen findet,“ entgegnete der Gefangene, „so soll mir nach Gesetz und Recht geschehen.“

„Wie ist es möglich,“ rief der General hitzig, und stampfte mit dem Fuße, „daß man Jemand so sehr anschwärzen kann, ohne daß er schuldig wäre?“

„Herr General,“ erwiderte der Kreuzwirth, „ich trage das goldene Ehrenzeichen des Kaisers; Spione belohnt man nicht mit Verdienorden.“

Es schlug fünf Uhr, als der Gefangene wieder auf die Hauptwache geführt wurde, ohne daß er gewußt hätte, wie das Urtheil ausfallen werde. Der Unwille des Generals machte ihm schlechte Hoffnung.

Schlaflos lag er lange auf seinem Strohlager, und schaute sinnend in den Mond, dessen volle Scheibe glänzend am blauen Nachthimmel schwebte. Morgen schon vielleicht besahen sein Silberkleid ein frisches Grab. Die Hähne krächten bereits im Stübchen, als er einschlief.

Am Morgen kam der Generaladjutant auf die Hauptwache mit dem Befehl, den Gefangenen nicht mehr streng zu bewachen, indem er kein Spion sei. Zeugniß vom Amt und Ordre vorhanden, die nach drei Tagen anlangten, gaben dem General die volle Ueberzeugung.

Ueberhaupt sagte Klein, obwohl etwas rasch und aufbrausend, seine Mission im eroberten Lande in verständlichem Sinne auf. „Ich bin Deutsch-Franzose, wie Sie an meiner Sprache hören,“ sagte er einmal zu den Räthen in Freiburg, „und Sie werden mir glauben, daß ich bisher wo möglich als Ihr Landsmann gehandelt; mehr konnte nicht geschehen. Wir sind von Geschäften umgeben, welche dem Soldaten wie dem Bürger befehlen und auch die Spione der Herren des Tages sind. Der heute Befehlende kann morgen der Gehorchende sein.“

Alles, was dem Kreuzwirth bei seiner Verhaftung abgenommen worden war, erhielt er jetzt wieder zurück; nur mit der Tapferkeitsmedaille wollte der Generaladjutant eine Ausnahme machen: er wollte sie dem Verräther Junge schenken.

„Wenn Sie ein Recht zum Verschonen haben,“ sagte der Kreuzwirth aufgebracht, „so ist dieser Mensch, der seine Fahne treulos verlassen hat, wahrlich der Letzte, der sie haben soll.“ Der Adjutant lief zum General, und als auch dieser die Verschonung mißbilligte, suchte er seinem Kerler dadurch Luft zu machen, daß er das Ehrenzeichen vor den Augen des Kreuzwirths in Stücke schlagen lassen wollte. Aber das Gold widersand den Schlägen; nur den Henkel brachten sie los.

Auf dem Heimwege kamen dem Freigelassenen allenthalben Freunde und Bekannte entgegen; Männer, Weiber und Kinder liefen auf ihn zu und reichten ihm die Hände. Triumphirend begleiteten sie ihn bis zum Wirthshause, wo der Vogt und Andere von Krügel seiner harrten, um bei einem Glase Neuen das glückliche Wiedersehen zu feiern.

Gegen Abend schlich auch der Verräther in's Haus, um den von allen Seiten Gefeierten im Nebenzimmer um Verzeihung zu bitten. Auf die Frage, was ihn betrogen, einen solchen Verrath an einem Landmann und dessen Familie zu begehen, gestand er, ein Bürger in N. habe ihn mit zwölf Louisdor hiezu erkauf. (Fortf. folgt.)

verkürzte Ausführung der ihnen zugesicherten Bürgschaften zu bringen. In Bezug auf das Provisorium für Holsheim und Lauenburg bezeichnet die Depesche die Bundesbeschlüsse vom 8. März 1860 und vom 7. Februar 1861 nach wie vor als maßgebend, und verlangt von der dänischen Regierung die Ausführung derselben. Ebenso hält sie die Verwahrung vom 14. Februar aufrecht, welcher die Bundesversammlung bekanntlich beigetreten ist.

Die politische Besprechung in Wien.

Nunmehr liegt auch ein Bericht über die Konferenz deutscher und österreichischer Abgeordneter über die deutsche Frage aus deutscher Feder (wohl der des Hrn. Hofrath Blunzschli) vor und zwar in der „Südd. Ztg.“. Wir lassen denselben nachstehend folgen.

Die bisherigen Berichte über die vertrauliche Besprechung zwischen deutschen und österreichischen Liberalen bedürfen noch theils der Ergänzung, theils der Berichtigung, damit die öffentliche Meinung mit Sicherheit urtheile. Der Gedanke, den Juristentag zu einer freien Besprechung zu benützen, war schon früher angeregt, aber von den zu Augsburg versammelten Mitgliedern der bestehenden Abgeordnetenkommission deshalb wieder aufgegeben worden, weil Professor Brinz zum Voraus gegen eine derartige Zusammenkunft mit den Deutsch-österreichern Verwahrung eingelegt hatte. Bei ihrer Ankunft in Wien erfuhren jedoch die deutschen Gäste sofort, daß jene Ablehnung, welche hauptsächlich nach den Wünschen parlamentarischer Gesinnung außerhalb Österreichs erfolgt war, keineswegs den Ansichten der Deutschösterreicher entsprach und daß diese vielmehr zu einem offenen Meinungs-austausch bereit seien. Daher wurde die vielbesprochene Zusammenkunft veranstaltet, bei welcher sich fast alle Anwesende persönlich aussprachen. Sonderbarer Weise ist in dem Bericht über die Anwesenden in den meisten Zeitungen Advokat Dr. B. I. aus Augsburg übergegangen, obwohl derselbe einen lebhaften Antheil an den Verhandlungen nahm und mit Entschiedenheit darauf hinwies, daß unter der Decke der „großdeutschen“ Politik sich viele absolutistische, ultramontane und partikularistische Elemente verbergen, die jeder liberalen Entwicklung und aller nationalen Reform Feind seien, und daß der viel angefochtene Nationalverein, dem er nicht angehöre, sich ein unlängbares und großes Verdienst dadurch erworben habe und noch erwerben werde, daß er die Geister wach erhalte und mit Energie eine Verbesserung der deutschen Zustände anstrebe.

Eingeleitet wurde die Besprechung durch ein Votum von Hofrath Dr. Blunzschli, welcher betonte, daß das Streben der deutschen Nation vor Allem auf Gründung einer politischen deutschen Gesamtmacht, hauptsächlich mit Bezug auf die auswärtige Politik, gerichtet, und daß gerade in dieser wichtigsten Beziehung die Lage aller andern deutschen Bundesländer von der Lage Deutsch-Österreichs sehr verschieden sei. Jene haben, wie die Mittel- und Kleinstaaten, fast keinen selbständigen Antheil an der europäischen Politik, oder wie Preußen nur mit übermäßiger Anspannung aller Volkskräfte doch einen geringern Antheil, als wozu die Bedeutung und die Mission der deutschen Nation berechtige. Deutsch-Österreich dagegen sei seit Jahrhunderten mit Ungarn und den übrigen nichtdeutschen Völkern des Ostens verbunden, und Österreich habe eine ihm eigene Weltstellung. Daraus ergeben sich vier Möglichkeiten, wie das Verhältnis von Deutsch-Österreich zu Deutschland aufgefaßt werden könne. Erste: Deutsch-Österreich hält an der Einheit und der europäischen Machtposition von Gesamtösterreich fest, und erhebt zugleich den Anspruch, daß das übrige Deutschland — mindestens das nichtpreussische Deutschland — sich dieser Einheit und Macht unterordne. Zweite Möglichkeit: Deutsch-Österreich folgt lediglich der Politik von Gesamtösterreich, und macht nicht den Anspruch auf eine positive Hegemonie über Deutschland, erhebt aber die negative Zumuthung an die deutschen Staaten, daß sie sich nicht zu einer europäischen Macht verbinden dürfen. Es tritt der deutschen Einigung mit seinem Veto entgegen. Dritte Möglichkeit: Deutsch-Österreich hält sich auch in der äußeren Politik lediglich an die Politik des einigten Gesamtstaats Österreich, erkennt aber die Berechtigung der deutschen Einigung an, und ist geneigt, unter gewissen Bedingungen als ein verjüngtes und geeinigtes Österreich sich mit einem verjüngten und geeinigten Deutschland zu verbinden. Vierte Möglichkeit: Deutsch-Österreich stellt sich mit den übrigen deutschen Staaten auf gleiche Linie, und hilft eine gemeinsame deutsche Zentralgewalt und ein deutsches Parlament bilden, welche die deutsche Politik nach Außen mit übergeordneter Autorität bestimmen. — Es wurde bemerkt, die Erklärung über diese verschiedenen Möglichkeiten komme zunächst den Deutsch-Österreichern zu.

Diese erste Frage wurde vorerst von Dr. Berger durch eine Gegenfrage erwidert: Denkt sich die deutsche Reformpartei das Ziel als eine Vergrößerung Preußens oder als Gestaltung einer föderativen deutschen Bundesmacht, der auch Preußen, soweit dasselbe reicht, sich unterordnen müsse? Dabei wurde von Anfang an erklärt: „Soweit als Preußen gehen kann in der deutschen Einigung, geht Österreich sicher auch. Es ist unmöglich, daß das Verlangen der Preußen, Deutsche zu sein, größer sei als das Verlangen der Deutsch-Österreicher, mit Deutschland verbunden zu bleiben und sich immer enger zu verbinden.“

Als von deutscher Seite (ich brauche das Wort nur der Kürze wegen ohne nähere Begrenzung) erwidert wurde: „Es besteht in den deutschen Ländern kein Verlangen, preussisch zu werden; die Bewegung hat nur einen deutschen, keinen spezifisch preussischen Charakter; auch wir legen Werth auf Erhaltung der Selbständigkeit der Einzelstaaten und wollen die Souveränität derselben in Gesetzgebung, Regierung und Rechtspflege nicht aufgeben, besonders in den inneren Angelegenheiten; wir verlangen nur eine größere politische Einigung in dem Sinn, daß das deutsche Volk mit den deutschen Fürsten eine würdige Stellung unter den zivilisirten Völkern einnehme.“ — so erklärten Deutsch-Österreicher: damit seien wichtige Anhaltspunkte für eine weitere Verständigung ge-

wonnen. Zu einem deutschen Parlament, das vom Volk gewählt werde und eine entscheidende Stimme habe, würden sie gern die Hand bieten. Den gegenwärtigen Vorschlag einer Delegirtenversammlung mit bloß begutachtenden Befugnissen hielten auch sie für durchaus ungenügend. Sowohl die Verfassung Österreichs, als die von Deutschland sei noch unferlig. Auf beiden Seiten sei die Zukunft noch sehr ungewiß, und deshalb Unklarheit und Schwanken gar nicht zu vermeiden. Wenn es, wie sie wünschten, gelänge, die ganze deutsche Nation politisch zu einigen, so verstehe es sich von selbst, daß die österreichische Februarverfassung wesentliche Modifikationen erleiden müsse. Die Schwierigkeit, im jetzigen Augenblick diese innere Verfassungsfrage aufzuwerfen, werde man auch in Deutschland begreifen; die Einsicht aber, daß nach Maßgabe der deutschen Reform auch die österreichische Verfassung eine Aenderung erfahren müsse, sei gegenwärtig weit allgemeiner in Österreich verbreitet, als es äußerlich erscheine. Es werde der allergrößte Werth auf Einigung mit Deutschland gelegt und darin die wichtigste Garantie einer liberalen und gesunden Entwicklung auch für Österreich erkannt. Nur eine Stimme hielt zäher an dem spezifisch-österreichischen Standpunkt fest und sprach mehr in der partikularistischen Richtung der Würzburger Vorschläge.

Von deutscher Seite wurde hinwiederum bemerkt, daß es mit dem Parlament allein noch nicht gehen sei, und daß dazu eine Zentralgewalt kommen müsse, welche einen einheitlichen Willen habe und demgemäß handeln könne — worauf entgegen wurde: damit sei man im Wesentlichen einverstanden, aber immerhin ertrage die Natur der deutschen Zustände gegenwärtig nur eine bundesmäßige Einigung, keine unitarische Gestaltung, und wenn auch jene sich schwerer bewege, so sei doch auch der Gewinn einer breiteren nationalen Basis der Macht werthvoller als eine größere Einheit auf beschränkter Basis.

Man vermied — um der Besprechung ihren unvorgreiflichen Charakter zu bewahren — die Formulirung bestimmter Sätze. Indessen lassen sich doch als Meinungen der großen Mehrzahl der Sprecher etwa folgende Sätze angeben:

1) Das Verlangen der Deutsch-Österreicher, auch in der äußeren Politik sich enger mit Deutschland zu einem gemeinsamen nationalen Bundeskörper zu verbinden, trat mit großer Bestimmtheit hervor, und für diesen Fall wurde die Nothwendigkeit wesentlicher Modifikationen auch der österreichischen Gesamtstaatsverfassung zugestanden.

2) Es wurde allgemein anerkannt, daß der Reformaat in Deutschland nicht auf ein Aufgehen in Preußen, sondern auf Bildung einer deutschen nationalen Zentralgewalt im Verhältnis zum Ausland gerichtet sei.

3) Das Verlangen nach einem von der Nation gewählten deutschen Parlament mit entscheidenden Befugnissen wurde fast allseitig gutgeheißen, und nur Eine Stimme sprach sich im Sinne bloßer Delegirtenversammlungen aus.

4) Die Souveränität der Einzelstaaten soll wesentlich nach innen unverkümmert bleiben, aber für den Bundesbereich (äußere Politik vor Allem) auch die Souveränität des Bundes (wie in den Bundesstaaten von Nordamerika und der Schweiz) zur Geltung kommen.

Am Schluß der Verhandlung wurde die Frage der Theilnahme an der nächsten Abgeordnetenversammlung noch aufgeworfen. Die Deutsch-Österreicher erklärten, wenn dieselbe in Frankfurt tagte, so würden sie jedenfalls zahlreich erscheinen. Da indessen die Wahl des Orts auf Weimar gefallen und die Zeit zu einer Aenderung nicht mehr vorhanden ist, so wird die Einladung von den H. H. Reichbauer und Berger ebenfalls unterzeichnet werden.

Deutschland.

— Durlach, 6. Sept. Bei der gestern hier abgehaltenen Diözesansynode, welche mit kurzer Unterbrechung den ganzen Tag dauerte — welche Zeit zur eingehenden Behandlung der von der Kirchenbehörde vorgelegten Gegenstände kaum ausreichte — wurde mit 17 von 23 Stimmen der bisherige Dekanatsverwalter Bechtel zum Dekan gewählt. Der Synodalausschuß besteht aus: Pfarrer Bruner von Königsbach, Stadtpfarrer Arnold von hier, Bürgermeister Bälzer von Nützelbach, und Zuckerbäcker Vliederrhäuser von hier.

Freiburg, 5. Sept. Die „Freiburger Ztg.“ schreibt: Se. Königl. Hoh. der Großherzog haben die erledigte Lehrstelle der speziellen Pathologie, Therapie und medizinischen Klinik an hiesiger Universität dem ordentlichen Professor Dr. Adolf Kufmann in Erlangen zu übertragen geruht.

München, 4. Sept. (Sch. M.) Das Projekt der Erbauung einer Eisenbahn von Neustadt a. S. nach Dürkheim hat die königl. Genehmigung erhalten. Der Gesellschaft werden während 25 Jahren 4 Proz. Zinsen garantiert, wogegen die Bahn nach 99 Jahren unentgeltlich an den Staat fällt. — Ein aus Salzburg heute Nachmittag hier eingetroffenes Telegramm meldet von dem festlichen Empfang, welchen diese Stadt, die in den Landes- und deutschen Farben prangte, den deutschen Künstlern zum Künstlerfest bereite. Die Versammlung wählte wieder den badiischen Hofmaler Feod. Diez von hier zum Präsidenten, und beschloß heute Vormittag die Gründung einer Albrecht-Dürer-Stiftung (analog der Schillerstiftung für Schriftsteller), zu deren Besten die Künstler sich selbst beisteuern sollen. Der Landeschef und der Bürgermeister haben die Versammlung offiziell begrüßt.

Darmstadt, 5. Sept. (Südd. Z.) Heute Nachmittag hat es sich herausgestellt, daß die Fortschrittspartei mit einer Mehrheit von 80 Stimmen im Kampf um die Ernennung der Wahlmänner gesiegt hat. Wahlsieger der Fortschrittspartei wurden weiter errungen: 1) in Lauterbach: Advokat Mez von Darmstadt (Doppelwahl) mit 25 Stimmen gegen einen andern, von der Regierung empfohlenen Fortschrittspartei; 2) in Ridda-Dritenberg: der Kandidat der Fortschrittspartei, Dr. Eigenbrodt von Darmstadt.

Mainz, 4. Sept. Nirgendwo im Lande, außer in

Darmstadt, hat der Wahlkampf so große Dimensionen angenommen, als hier. Die ultramontane Partei, die sehr gut weiß, was für sie auf dem Spiele steht, und bei deren Wahlversammlungen zwei Adjunkten des Bischofs v. Ketteler, die Domkapitulare Heinrich und Mousfang, die Hauptsprecher waren, setzten das Aeußerste ein, um den Sieg zu erlangen. Sie ist mit den klingensten Versicherungen über Freiheit, Toleranz, Patriotismus u. s. w. ins Feld gerückt und hat auf ihre Fahne das „Großdeutschthum“ geschrieben. Inzwischen scheint die Partide trotz der kolossalsten Anstrengungen für sie ziemlich schlecht zu stehen. Die „Mainz. Ztg.“ schreibt in dieser Beziehung: „Während es sich um das Bureau der Fortschrittspartei drängt, steht das „großdeutsche“ Bureau in trauriger Vereinsamung. Auch an förmlichen Internozios fehlt es nicht. Als am Montag Abend die bunte Versammlung der „Großdeutschen“ zu Ende war, ging die Menge unter ungeheurem Tumult auseinander. Man ließ Großdeutschland, Mez, Mousfang und den Nationalverein durcheinander hoch leben, und das Hoch- und Bravogeschrei setzte sich noch durch alle benachbarten Gassen fort, während gestern nach der Versammlung der Liberalen die 6000 zusammengeströmten Menschen ruhig auseinander gingen. Auf dem Reichhof wurde am Montag Abend ein Hause großdeutscher Wahlschellen feierlich verbrannt. Drei Gehilfen des hiesigen Tüchermeysters Hrn. Simon, die mit einem Transparent durch die Straßen zogen, welches die Worte enthielt: „Mitbürger, thut eure Pflicht und wählt“, wurden arrestit, ebenso wurden vier Lohnmänner, die Standarten mit der Aufschrift: „Fortschrittspartei, zur Wahl!“ trugen, polizeilich abgefaßt. Auch im Wahllokal sieht man manche Curiosa, z. B. Beamte, die den Zettel der Fortschrittspartei abschreiben, aber den Kopf des großdeutschen Zettels darüber gelegt haben.“ — Bis heute Nachmittag gegen 5 Uhr hatten 1850 Urwähler abgestimmt.

Frankfurt, 4. Sept. Die hiesigen Mitglieder des Juristentages haben der Versammlung in Wien angetragen, den nächstjährigen Juristentag hier abzuhalten. Der Antrag ist günstig aufgenommen worden; die Entscheidung darüber aber wird statutenmäßig erst im nächsten Frühjahr stattfinden.

Kassel, 4. Sept. Die „Kasseler Ztg.“ schreibt heute halbamtlich:

Wie dieses schon früher vielfach geschehen ist, sucht man die überall im Lande sich kundgebende verfehlte Stimmung dadurch zu trüben, daß man durch auswärtige Blätter — auch ein hiesiges Lokalblatt (die Kasseler Tagespost) hat sich zur Verbreitung solcher rein aus der Luft gegriffenen Nachrichten hergegeben — Mittheilungen über Nichtgenehmigung von Vorlagen des Ministeriums durch Se. Königl. Hoheit den Kurfürsten, und dadurch veranlaßte Verzögerung der Zusammenberufung der Stände, einen beabsichtigten Ministerwechsel u. dergl. ausstreut. Alle diese Dinge sind erfunden.

Gestern ist übrigens zum ersten Male seit der Rückkehr des Kurfürsten aus Lepzig Sitzung des Gesamtstaatsministeriums unter dem Vorsitz des Kurfürsten gewesen.

In Karlsruhe wurde Bürgermeister Knobel zu Ehren nahezu einstimmig und im Landwahlbezirk Judau Bürgermeister Erb zu Brandlos mit großer Majorität gewählt.

Kassel, 5. Sept. (Kass. Ztg.) Während der demaligen Krankheit des Oberleutnants v. Osterhausen ist der Oberleutnant Kellermann vom Generalstab mit Vernehmung der Stelle als Vorstand des Kriegsministeriums beauftragt.

Aus Thüringen, 3. Sept. (R. Z.) Das neue deutsche Handelsgesetzbuch tritt am 1. Okt. d. J. in Anhalt-Bernburg und in den Herzogthümern Waldeck und Pyrmont in Kraft. Auch für das Großherzogthum Sachsen-Weimar ist das Einführungsgezet zum Handelsgesetzbuch erschienen, der Zeitpunkt, mit welchem es Giltigkeit erlangt, jedoch einer spätern landesherrlichen Verordnung überlassen worden.

Hannover, 4. Sept. Nachstehendes Reskript der k. Landdrostei ist zu charakteristisch, um es nicht wörtlich mitzutheilen:

Indem wir aus dem Bericht des Magistrats vom 19. v. M., die Einführung eines neuen Katechismus betreffend, uns zur Nachricht dienen lassen, daß unsere Verfügung vom 19. Juni d. J. dadurch, daß ihr Folge gegeben, sachlich ihre Erledigung gefunden hat, weisen wir sowohl die von dem Magistrat als die vom Bürgervorsteher-Kollegium dagegen eingelegte Verwahrung als ungehörig und wirkungslos hierdurch zurück. Wir finden hierzu uns veranlaßt, weil die von den Behörden in den Grenzen ihrer Zuständigkeit erlassenen Verfügungen durch Verwahrungen nicht angefochten werden können, vielmehr so lange in Kraft bleiben, bis sie auf beschallige Beschwerde durch Entscheidung der höhern Behörde beseitigt worden sind. Dem Bürgervorsteher-Kollegium ist von dem Inhalt dieser Verfügung Kenntniß zu geben. Hannover, 28. Aug. 1862. R. k. Landdrostei. (gez.) Bar.

Die „Ztg. f. Nord.“ schreibt: Von allen Seiten des Landes laufen die Nachrichten ein über die Schritte der Gemeinden, sich einerseits des neuen Katechismus zu erwehren und andererseits die Abschaffung der verschiedenen Katechismen zu betreiben, welche mißbräuchlich durch Geistliche und Lehrer eingeführt worden.

Hannover, 4. Sept. (Fr. Z.) Die ständische Justizkommission, welche von ihrem Präsidenten, Justizminister v. Bar, auf gestern einberufen war, wurde in den letzten Tagen benachrichtigt, daß mit Rücksicht auf die Personalveränderungen im Ministerium vorläufig keine Kommissionsitzungen stattfinden werden. Man darf aus dieser Thatsache schließen, daß es schwerlich in der Absicht liegt, die Stände in diesem Herbst nochmals zusammenzuberufen, um die noch rückständigen Gesetzentwürfe, darunter auch das Handelsgesetzbuch, zu erledigen. Da im Februar nächsten Jahres das Mandat der jetzigen Ständeversammlung abläuft, so dürfte sich die Einführung des Handelsgesetzbuchs in ungewisse Ferne hinausziehen. Zur demnächstigen Ständeversammlung würde die Neuwahl nämlich erst im Herbst 1863 vorgenommen zu werden brauchen. Unser Handelsstand, dem an der beschleunigten Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs viel gelegen ist, zeigt sich über diese Verzögerung derselben keineswegs befreit.

digt. — Die dreizehnte Versammlung deutscher Architekten hat hier gestern in echt hannoverschem Geiste begonnen. Der Präsident der Versammlung, Hr. Direktor Kar m arsch, hatte nichts Eiligeres zu thun, als mit der Eröffnung hervortreten, daß bei dem gemeinsamen Festmahle andere Toaste, als die offiziellen auf den König u. s. w., nur erlaubt seien, wenn zuvor der Vorstand von dem Inhalte derselben genau in Kenntnis gesetzt worden und denselben gebilligt habe. Es war wohl dieser von der alten Polizeifürsicht diktierten Eröffnung zuzuschreiben, daß bei dem Festmahle außer den offiziellen Toasten auch nicht ein einziger Trinkspruch ausgedrückt wurde. Deutsche Fahnen sieht man in den Straßen sehr wenig; überhaupt ist die Ausschmückung der Häuser eine sehr dürftige.

Hannover, 4. Sept. (3. f. N.) Pastor Baur schmidt erläßt an die Freunde des alten Katechismus unter den Geistlichen unseres Landes eine Einladung zu einer gemeinschaftlichen Besprechung der schwebenden kirchlichen Frage in Celle am 7. Okt. Wie bereits auch angeordnete auswärtige Geistliche ihre Theilnahme zugesagt haben, so hofft man auf zahlreiches Glaubensmüthiges Erscheinen auch der inländischen Geistlichen.

Berlin, 3. Sept. Der Wiener „Botschafter“ hatte in einem seiner letzten Leitartikel die Frage aufgeworfen, „wer eigentlich ein Interesse daran habe, daß die Chimäre von der preussischen Spitze verwirklicht werde.“ Die Antwort gibt das Wiener Regierungskreuzblatt bestehende Blatt dahin, daß nur die hohenzollerische Dynastie ein derartiges Interesse habe, keineswegs aber das preussische Volk, denn auch im Falle der Zertrümmerung Preussens in Folge eines Krieges um seine deutsche Hegemonie werde die Militärlast wegfallen, welche die Großmachtsbestrebungen Preussens im Gefolge haben, und zur Herstellung der Einheit Deutschlands sei weder die preussische Spitze, noch der gegenwärtige Bestand Preussens vonnöthen. Daraus erwiedert heute die „Sternzeitung“:

Wir sind dem „Botschafter“ aufrichtig dankbar für diese tiefinnige Belehrung. Nur über einen Punkt sind wir nicht ganz in's Reine gekommen, und der „Botschafter“ wird vielleicht die Freundlichkeit haben, uns darüber aufzuklären. Ist ihm nämlich seine Beweisführung gegliedert — und bei seinem anerkanntem Scharfsinn mögen wir daran nicht zweifeln —, so hat er, wie uns scheint, den Beweis geliefert, daß das preussische Volk bei einem Krieg zur Herstellung der „preussischen Spitze“ in beiden Fällen nur profitieren kann, sowohl wenn der Plan glückt, als auch wenn er mißglückt. Glückt er, so wälzt Preußen die unerschwinglichen Kosten seiner Großmachtsstellung wenigstens zum Theil auf das „deutsche Volk“ ab, — und hierin liegt, dem „Botschafter“ zufolge, das Hauptinteresse Preussens. Mißglückt der Plan, und wird Preußen in Folge dessen zerstückelt, so ist der Profit für das preussische Volk noch viel erklecklicher; es wird dann nicht bloß der besagte Großmachtstolus überhoben, sondern es gewinnt einen (von Reichs wegen herzustellenden) Rechtszustand im Innern, und — was noch wichtiger ist — die Einheit Deutschlands nach außen. In beiden Fällen also wäre, nach dem „Botschafter“, der Profit eines solchen Unternehmens klar. Auch die Beweisführung ist zweifelsohne sehr überzeugend; nur das Eine ist uns dunkel geblieben, ob der „Botschafter“ durch dieselbe das preussische Volk von dem fraglichen Unternehmen abzuschrecken oder zu ihm zu animiren beabsichtigt hat? Die Beweisführung läuft mit unübersehlicher Gewalt auf das Letztere hinaus, und doch ist der „Botschafter“ unzweifelhaft weit entfernt von der „Furcht“, womit man fortwährend den Bürgerkrieg und das Bündniß mit dem Ausland anrührt.

Berlin, 5. Sept. Die Plenarverhandlungen des Abgeordnetenhauses über das Militärbudget werden am Donnerstag den 11. d. M. beginnen. Wie verlautet, ist gleich bei Eröffnung derselben von Seiten der Regierung eine Kundgebung zu erwarten, in welcher die politische und militärische Nothwendigkeit, sowie die finanzielle Zulässigkeit und die den Gesetzen entsprechende Durchführung der neuen Heeresorganisation den Einsprüchen der Opposition gegenüber näher dargelegt werden soll. Zur definitiven Feststellung dieser Kundgebung, welche vom Staatsministerium schon entworfen ist, wird alsbald nach der Rückkehr des Königs ein Kabinettsrath stattfinden. Den neuesten Bestimmungen zufolge trifft Se. Majestät bereits am Sonntag den 7. d. M. von Döberau hier wieder ein. — Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer gestrigen Sitzung die Berathung über den Etat des Kultusministeriums fast beendet. Dabei ist ein vom Abg. Sybel eingebrachter Antrag auf Wegfall der Zwangscollegien auf den Universitäten mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen worden. Der Kommissionsbericht über das Militärbudget wird heute Nachmittag im Druck vollendet. Seine Vertheilung an die Abgeordneten soll möglichst noch heute Abend erfolgen. — Im Herrenhause haben vorgestern nach längerer Unterbrechung die Kommissionen ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Die Budgetkommission dieses Hauses ist mit der Prüfung der Etats beschäftigt, welche vom Abgeordnetenhaus bereits eingegangen sind. Dem Vernehmen nach stehen in Bezug auf einzelne Etatsverminderungen, welche das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, von Seiten der Kommission Resolutionsanträge für das Plenum zu erwarten. Am Dienstag den 9. d. M. wird das Herrenhaus wieder eine Plenarsitzung halten. Unter den Verhandlungsgegenständen für dieselbe befindet sich der Beschluß des Abgeordnetenhauses wegen Feststellung des Termins für die Einbringung der Staatshaushaltsvorlagen.

Gestern ist der herzoglich braunschweigische Geschäftsträger, Hr. v. Böhmeyen, nach längerer Abwesenheit auf seinen hiesigen Posten zurückgekehrt. Von St. Petersburg kam gestern der außerordentliche Botschafter des Königs Viktor Emanuel am kaiserl. russischen Hofe, Generalleutnant v. Sonnaz, hier an. Als Nachfolger für den nach Paris verlegten bisherigen k. russischen Gesandten am hiesigen Hofe, Baron v. Budberg, bezeichnet man in diplomatischen Kreisen den russischen Botschaftsrath Grafen Dubril in Paris. Graf Dubril ist ein Schwager des Hrn. v. Budberg und hat hier schon früher als erster Legationssekretär fungirt. — Gestern ist der Prinz Alfred von Großbritannien, von Danzig

kommend, durch Berlin gekommen, um sich zu seiner erlauchten Mutter, der Königin Victoria nach Schloss Reinhardtbrunn zu begeben. Von dort wird Höchstwahrscheinlich in einigen Tagen nach Potsdam kommen und bei den kronprinzlichen Herrschaften im Neuen Palais Wohnung nehmen. — Gutem Vernehmen nach beabsichtigt die Frau Kronprinzessin am 15. d. M. mit ihren Kindern nach Reinhardtbrunn zu reisen und daselbst für die Dauer der Anwesenheit ihrer erlauchten Mutter zu verbleiben. Auch der Kronprinz begibt sich in der zweiten Hälfte dieses Monats auf einige Zeit nach Reinhardtbrunn.

Italien.

Turin, 2. Sept. (Köln. Z.) Die Lage des Ministeriums wird täglich bedenklicher. Bereits heißt es, die Mitglieder des Kabinetts würden in Masse ihre Entlassung einreichen, wenn die gegenwärtige Ungewißheit sich noch einen Monat verlängern sollte. Und an eine Aenderung der Sachlage ist nicht zu denken. Denn während Rattazzi in die äußerste Enge getrieben wird, erhält Hr. v. Massignac, der zeitweilige Stellvertreter Benedetti's, von Thouvenel die Anweisung, er möge der hiesigen Regierung die tröstliche Mittheilung machen, „daß der Kaiser in diesem Augenblick es nicht für angemessen halte, sich mit der römischen Frage zu beschäftigen.“ Kein Wunder, wenn an die Stelle der französischen bald die englische Allianz treten wird!

Frankreich.

Paris, 5. Sept. „La France“ bringt heute den schon vor mehreren Tagen angezeigten Brief des Senators v. Lagueronniere über das Ausgehen von Rom. Es soll über dieselbe Materie ein zweiter Brief nachfolgen. Außerdem zeigt „La France“ das demnächstige Erscheinen zweier anderer Briefe Lagueronniere's an. Der Hr. Senator ist bekanntlich nicht für die Räumung. Seine heutige Aufgabe geht dahin, nachzuweisen, daß es Italien kein Glück bringen könnte, Rom als Hauptstadt zu haben.

Das größte Unglück — sagt er — das über Italien kommen könnte, bestünde darin, das Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen und den Papst in Rom zu entthronen, um daselbst seine Einheit zu krönen. Es würde daselbst nicht allein die Nothwendigkeit eines Krieges gegen Oesterreich zur Befreiung Venetiens und die Gefahr eines allgemeinen Krieges finden, sondern es würde auch dem Schrei des Gewissens, dem nagenden Borkwurf der Apostasie und der Knechtung aller großen Erscheinungen seiner Geschichte und aller Hoffnungen seiner Nationalität begegnen. (1)

Dies können seine aufrichtigen Freunde nicht wollen, die, welche seine noch so unscheinbaren Anstrengungen ermutigt, weil für seine noch so wenig begriffene Sache gesprochen hätten. Nicht um der Idee Mazzini's den Sieg zu verschaffen, hat Frankreich einen großen Krieg unternommen, sondern um sie im Gegentheil zu vernichten, und um den Papst, den sie näherte, zu erlösen durch Gründung eines unabhängigen, freisinnigen Italiens, das mit der ganzen europäischen Bewegung in Verbindung stehe, und, getreu dem historischen Charakter seiner Nationalität, der ewigen Stadt ihre von Gott und den Menschen vorgezeichnete Aufgabe lasse, indem es alle Geschicke eines freien Volkes erfülle.

Nach der „France“ sah sich der Kommandant des Forts Barignano veranlaßt, um Verstärkungen nachzusuchen. Diese kamen in der Nacht vom 3. auf den 4. auf der Panzerfregatte „Formidable“ und dem Transportdampfer „Benzia“ an. Beide Schiffe bleiben vor dem Fort liegen, in welchem Garibaldi gefangen sitzt. In der Nacht vom 4. auf den 5. kamen wiederum 400 gefangene Garibaldianer auf der „Stella d'Italia“ in La Spezia an. Sie wurden in dem Fort auf der Insel Palmaria untergebracht. Eine gleiche Anzahl sollte am folgenden Tage eintreffen.

Man versichert, daß sich demnächst eine militärische Kommission in Biarritz versammelt, zu der, wie man sagt, der französische Gesandte in Rom, Marquis v. Lavalette, sich begeben wird.

In verschiedenen Städten Siziliens sind Unruhen ausgebrochen, die zu blutigen Kämpfen zwischen Garibaldianern und den Truppen führten. In La Spezia wurde ein Aufstandsversuch unter dem Ruf: „Es lebe Garibaldi!“ gemacht. Die Zusammenrottungen zerfireuten sich, als ein Theil des italienischen Geschwaders sich in Schlachtlage vor der Festung Barignano aufstellte.

Heute haben sich das 17. Linienregiment und das 4. reitende Jägerregiment auf der „Seine“, dem „Descartes“ und dem „L'Arador“ in Toulon nach Civita Vecchia eingeschifft. Die „Seine“ hat außerdem die Mission, dem Geschwader des Admirals Rigault de Genouilly, welches bis auf weitem Befehl an der italienischen Küste bleibt, die nöthigen Fonds und Vorräthe nach Neapel zu überbringen.

Gestern ist die 3. Division auf den Schiffen „Breslau“, „Alm“, „Jura“ und „Allier“ von Cherbourg nach Mexiko abgegangen. Die 4. und 5. Division werden ihr im Lauf dieser Woche folgen.

Paris, 5. Sept. Der „Moniteur“ bringt heute die Ihnen gestern angezeigte Ernennung des Grafen Treilhard zum Direktor des Presbureau's an Stelle des Hrn. Imhaus. Ich habe vergessen, Ihnen gestern zu sagen, daß Hr. v. Treilhard s. Z. mit der Untersuchung der Drisini'schen Angelegenheit beauftragt war. — Aus Italien laufen die Nachrichten sehr spärlich ein. Wie es scheint, ist in Turin die Rede davon, dem Hrn. Rattazzi den General La Marmora als Nachfolger zu geben; dies wäre mit andern Worten eine Militärdiktatur. — Hr. Benedetti wird am 15. auf seinen Posten zurückkehren. Wie man sagt, nimmt er neue Instruktionen mit; doch wird es nichtsbeforderlicher beim Alten bleiben. — Baron v. Budberg, welcher für einige Tage von Trouville nach Paris kam, hatte gestern eine längere Unterredung über die orientalischen Angelegenheiten, besonders über die Konferenzen von Konstantinopel, mit dem politischen Direktor im Auswärtigen, Hrn. v. Banneville. — Prinz Napoleon und Prinzessin Clotilde gedenken gegen Mitte dieses Monats nach Biarritz zu gehen. — Börse geschäftslos. 3proz. 69.40. Italienische Ant. 71.40. Cred. Mob. 925.

Belgien.

Brüssel, 4. Sept. (Fr. Z.) Die Königin von England verließ heute Brüssel um zwei Uhr Nachmittags mit ihrer ganzen Familie. Die erlauchte Frau hat während ihrer Anwesenheit das Schloß zu Laeken nicht verlassen, eben so wenig besuchte Lord John Russell, der Einzige vom Gefolge Viktoria's, der in Laeken sein Absteigequartier genommen, unsere Hauptstadt. Gestern war auch Lord Cowley von Paris angekommen und wurde zu Laeken vom König empfangen. Man spricht von einer wichtigen politischen Konferenz, welche zwischen dem König Leopold, John Russell und Lord Cowley stattgefunden. Letzterer kehrte noch nach Paris zurück. — Die künftige Gemahlin des Prinzen von Wales, die Prinzessin Alexandra von Dänemark, welche ebenfalls mit dem Prinzen Christian wieder abgereist, hat allgemein gefallen. Es fiel allgemein auf, daß unser Minister des Auswärtigen, Hr. Rogier, während der letzten Tage nicht in Belgien war. Er macht eine Erholungsreise in Schottland.

Großbritannien.

London, 4. Sept. Die „Times“ theilt mit, daß der Prinz von Wales die Prinzessin Alexandra von Dänemark in Brüssel wiedersehen werde, daß ein Heirathsantrag aber bis jetzt noch nicht gestellt worden sei. Die etwaige Verbindung werde für den dänisch-deutschen Streit von keinerlei Folgen werden; ein dynastisches Verhältniß könne die Politik Englands nicht berühren.

Unlängst ist aus der Mersey ein südafrikanischer Kriegsdampfer, der „Alabama“, ausgelaufen. Er ist in Liverpool entweder ganz oder theilweise ausgerüstet und equipirt worden (?). Der „Alabama“ kann Kohlen für 21 Tage einnehmen; er soll der „Tuscarora“ vollkommen gewachsen und in Schnelligkeit überlegen sein. Beim Auslaufen machte er unter ungünstigen Umständen beinahe 13 Knoten in der Stunde. Er hat Maschinen von 300 Pferdekraft, beinahe 1000 Tonnen Gehalt, ist mit einer 100pfündigen gezogenen Blakeley-Kanone vorn, einer 68pfündigen, glattdäufigen Kanone hinten, und mit vier 32-Pfündern bewaffnet. Seine Besatzung besteht aus 110 Kermatrosen. Wahrscheinlich wird man vom „Alabama“ in den Gewässern von Nassau und Charleston hören, wo er den mit Kriegsmunition für die südliche Regierung befrachteten Schiffen als Bahnbrecher dienen wird. Was man über die Tüchtigkeit des „Alabama“ gehört hat, veranlaßte die Schiffs-Versicherungsgesellschaft, sogleich die Kriegsprämie zu erhöhen.

Syrien.

Belgrad, 1. Sept. Türkische Truppenmassen stellen sich nach und nach ringsum an der ganzen serbischen Grenze auf. Neuestens sind 8000 Mann auf dem Brückenkopf von Vidin, dem aus dem letzten orientalischen Krieg bekannten Kalafat, gelandet. Man bereitet sich sichtlich auf eine Entscheidung durch Waffengewalt vor, falls es der Konferenz zu Konstantinopel nicht gelingen sollte, die serbischen Streitkräfte zu schlichten.

Bermischte Nachrichten.

Freiburg, 5. Sept. (Freib. Ztg.) Gestern Nachmittag kam König Ludwig von Bayern, unter dem Namen Graf von Speersart, von seiner Villa Ludwigshöhe bei Gdntoben in der bayerischen Pfalz dahier an, nahm das Mittagmahl im Gasthause zum Pfauen, und besichtigte schein die Stadt und das Münster. Höchstwahrscheinlich soll seit dem Feldzuge von 1813 nicht mehr dahier gewesen sein. Das Münster wurde von dem hohen Kunstfreunde und großen Kenner von innen und außen mehrmals umgangen und mit höchstem Interesse betrachtet. Auch die Denkmäler Kottler's und des Berthold Schwarz zogen die Aufmerksamkeit des Königs auf sich. Ueber das Letztere sprach sich derselbe nach genauer Besichtigung, dem Vernehmen nach, sehr beifällig aus. Dessen Verfertiger, Bildhauer Knittel dahier, ein Schüler Schwanthaler's, hatte die Ehre, dem König auf dem Bahnhof vorgestellt zu werden, und empfing denselben Belobung über das wohlgegangene Werk. Mit dem Schnellzug setzte der König die Reise nach Basel fort; er begibt sich bekanntlich nach Rom.

Stuttgart, 5. Sept. (Sch. M.) Der Verein für deutsche Industrie hat nach Ablauf eines Jahres seit seinem Bestehen eine Generalversammlung auf Dienstag den 7. Oktober l. J., Vormittags 10 Uhr, nach Stuttgart in das Börsenlokal einberufen. Vorläufig ist auf die Tagesordnung gebracht: Der Jahresbericht, Statutenberathung und spezielle Berathung über die Stellung des Vereins zu den neuen handelspolitischen Vorgängen.

Aschaffenburg, 4. Sept. (Sch. Z.) Durch Erkenntniß vom heutigen wurde Karl Frhr. v. Freyenberg zu Landenbach, Leutnant à la Suite, wegen Vergehens der Eddung im Zweikampf, begangen an dem Major a. D. Frhrn. Melchior v. d. Tann, zu einer zweijährigen, in einer Festung zu verbüßenden Gefängnißstrafe verurtheilt.

Frankfurt, 6. Sept. Die Schlachtenjäger, welche die Schützenhalle schmückten, wurden von Seiten des Komitee's dem hiesigen Schützenverein zum bleibenden Andenken überliefert. Die Wappen der einzelnen deutschen Staaten erhielt der hiesige Alterthumsverein, während der Schmutz des Ritterlichen Hofes, das Bild von Tell und die große deutsche Tricolore dem Organisationskomitee für das eidgenössische Schießen 1863 zu bleibender Erinnerung übergeben wurden.

Der aus dem Renzischen Circus bekante Clown Quailly hat sich aus dieser „Carriere“ zurückgezogen und als Wirth ein Berliner Lokal, das „Univerzum“, gepachtet.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 7. Sept. 3. Quartal. 89. Abonnementsvorstellung. Faust; Tragödie in 5 Akten von Göthe, mit Musik. Für die Bühne bearbeitet von Eduard Devrient.
Dienstag 9. Sept. 3. Quartal. 90. Abonnementsvorstellung. Der Feind des Allerhöchsten Geburtsfestes Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, bei festlich beleuchtetem Hause: Die Vestalin; große Oper mit Ballet in 3 Akten, aus dem Französischen des Jony, bearbeitet von Schfried, Musik von Spontini.

